

Dr. Christoph Schneider

Kommunales Bildungsmonitoring – Möglichkeiten und Perspektiven

Nach der Etablierung der Bildungsberichterstattung auf Bundes- und Länderebene ist in den letzten Jahren auch das Interesse am Aufbau eines Bildungsmonitorings auf kommunaler Ebene stetig gewachsen. Unter „Bildungsmonitoring“ versteht man die Zusammenführung und Analyse verschiedenster Daten aus dem Bildungsbereich, um über Entwicklungen informieren und in der Bildungspolitik besser planen und steuern zu können. Die amtliche Statistik stellt mit dem „Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings“ hierfür ein theoretisches Grundgerüst bereit, durch das Kommunen eigenständig ein kommunales Bildungsmonitoring etablieren können. Mit der im Sommer 2013 freigeschalteten Kommunalen Bildungsdatenbank steht den Kreisen und kreisfreien Städten darüber hinaus ein umfassendes Datenangebot zur Verfügung.

Bedeutung eines kommunalen Bildungsmonitorings

Die Veröffentlichung des ersten PISA-Berichts Ende 2001 löste in Deutschland eine umfangreiche – und bis heute andauernde – Debatte um möglichen Handlungsbedarf im Bildungsbereich aus. Bildung gilt als eine zentrale Voraussetzung für die soziale und ökonomische Entwicklung der Gesellschaft. Aus bildungspolitischer Perspektive hat insbesondere ein hoher Bildungsstand der Bevölkerung herausragende Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit einer globalisierten Wissensgesellschaft. Für den Einzelnen bringt ein hoher Bildungsstand bessere „Chancen auf eine indivi-

duelle Lebensführung und aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“¹ mit sich.

Die Ergebnisse des PISA-Berichts machten deutlich, dass neutrale, steuerungsrelevante und fortschreibbare Informationen über die wesentlichen Bereiche des Bildungswesens verfügbar sein müssen. In diesem Kontext entstand der erste nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland“² im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz. Dieser Bericht stellt indikatorbasierte Informationen über Kernbereiche des Bildungswesens bereit und kann Akteuren im Bildungsbereich Entscheidungsgrundlagen geben. Mittlerweile wird der fünfte Bericht „Bildung in Deutschland“ vorbereitet, der im Sommer 2014 erscheinen soll. Neben der Bildungsberichterstattung auf Bundesebene wurden in mehreren Bundesländern Bildungsberichte auf Landesebene veröffentlicht.³

Viele relevante bildungspolitische Entscheidungen werden allerdings von den Entscheidungsträgern der Landkreise und kreisfreien Städte getroffen. Dies gilt im frühkindlichen Bereich beim Bereitstellen von Krippen- und Kindergartenplätzen und für die Ausstattung der entsprechenden Einrichtungen. Im Schulbereich verantworten kommunale

¹ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Herausgeber): „Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel“, Bielefeld 2010, Seite 37.

² Siehe Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Herausgeber): „Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration“, Bielefeld 2006.

³ Siehe exemplarisch Landesinstitut für Schulentwicklung/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Herausgeber): „Bildungsberichterstattung 2011. Bildung in Baden-Württemberg“, Stuttgart 2011.

Entscheidungsträger beispielsweise die Einrichtung von Ganztagschulen, die Schulsozialarbeit, den Schulbau und die bauliche Erhaltung von Schulen. Im Hinblick auf die berufliche Bildung können Kommunen Einfluss auf den Übergang von allgemeinbildenden Schulen in die berufliche Bildung nehmen, indem sie zum Beispiel Bildungsgänge im Übergangssystem an beruflichen Schulen einrichten. Darüber hinaus können Kommunen die Ansiedlung von Hochschulen fördern und (insbesondere durch Volkshochschulen in kommunaler Trägerschaft) ein hochwertiges Angebot im Weiterbildungsbereich sichern. Über alle Bildungsbereiche hinweg steht die Vernetzung von Erziehung, Bildung und Betreuung im Rahmen eines bildungsbereichsübergreifenden kommunalen Bildungsmanagements auf der kommunalen Ebene im Vordergrund.⁴

In diesem Zusammenhang gewinnt für die Kommunen die Etablierung eines kommunalen Bildungsmonitorings zunehmend an Relevanz. Darunter versteht man ein umfassendes und systematisches Sammeln, Analysieren, Interpretieren und Bewerten von Daten und Befunden auf kommunaler Ebene, um über Entwicklungen im Bildungswesen zu informieren und diese zu überwachen, zu planen und zu steuern.⁵

Die amtliche Statistik hat in diesem Zusammenhang mit dem Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings und mit der Kommunalen Bildungsdatenbank sowohl eine theoretische Fundierung als auch eine empirische Basis für ein kommunales Bildungsmonitoring geschaffen. Beide Grundlagen werden im vorliegenden Aufsatz vorgestellt. Im ersten Schritt wird der Anwendungsleitfaden erläutert und zunächst ein Überblick über allgemeine Anforderungen an ein kommunales Bildungsmonitoring und dessen theoretische Grundlagen gegeben. Im zweiten Abschnitt wird die seit 2013 verfügbare Kommunale Bildungsdatenbank beschrieben, die als empirische Basis eines kommunalen Bildungsmonitorings genutzt werden kann.

Theoretische Fundierung eines kommunalen Bildungsmonitorings: der Anwendungsleitfaden

Nachdem die Bildungsberichterstattung auf Bundes- und Landesebene etabliert war, wuchs das Interesse auf der kommunalen Ebene, die entwickelten Konzepte auf Landkreise und kreisfreie Städte zu übertragen. Dabei war zunächst zu prüfen, inwieweit ein datengestütztes Bildungsmonitoring auf kommunaler Ebene durchführbar ist. In diesem Kontext gab das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Jahr 2007 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag, um die Möglichkeiten für ein kommunales Bildungsmonitoring auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte auszuloten.

Dieser Auftrag wurde in einer Kooperation des Statistischen Bundesamtes, des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) durchgeführt.

Als Ergebnis entstand mit dem Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings eine Arbeitsgrundlage, die den Landkreisen und kreisfreien Städten die selbstständige Durchführung eines kommunalen Bildungsmonitorings ermöglicht und die zugleich in ihrem theoretischen Rahmen an die Praxis der Bildungsberichterstattung auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene anschließt.⁶ Seit der ersten Veröffentlichung im Juni 2008 wurde der Anwendungsleitfaden in der kommunalen Bildungsberichterstattung erprobt und mehrfach überarbeitet. Er bildet eine zentrale Arbeitsgrundlage für das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gemeinsam mit über 140 deutschen Stiftungen umgesetzte Programm „Lernen vor Ort“. In diesem Programm entwickeln zurzeit 35 Kommunen ein integriertes datengestütztes Bildungsmanagement auf kommunaler Ebene, das eine nachhaltige Entwicklung eines ganzheitlichen lokalen Bildungswesens ermöglichen soll.⁷

Der Anwendungsleitfaden soll Kommunen die theoretische Fundierung für eine eigenständige Etablierung eines kommunalen Bildungsmonitorings bieten. Dieses Ziel bestimmt maßgeblich seine inhaltliche Gliederung.

In einem ersten Abschnitt formuliert der Anwendungsleitfaden zentrale Anforderungen an ein kommunales Bildungsmonitoring. Neben dem Verweis auf die notwendige grundsätzliche Klärung des Bildungsbegriffs werden hier zunächst die Aspekte der Steuerungsrelevanz und Problemorientierung thematisiert. Ein kommunales Bildungsmonitoring sollte sich in diesem Zusammenhang einerseits auf diejenigen Themen konzentrieren, für die die kommunale Ebene auch Entscheidungskompetenzen besitzt, und zum anderen gerade auch Herausforderungen für die Kommune in den Blick nehmen.

Als weitere grundlegende theoretische Fundierung wird im Anwendungsleitfaden betont, dass der Bildungsbegriff nicht auf bestimmte Lebensphasen eingeengt wird. Vielmehr soll ein kommunales Bildungsmonitoring in einer durch lebenslanges Lernen geprägten Wissensgesellschaft Bildung während des gesamten Lebenslaufs betrachten. Lebenslanges Lernen umfasst „... alles Lernen während des gesamten Lebens, das der Verbesserung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen dient und im Rahmen einer persönlichen, bürgerschaftlichen, sozialen, bzw. beschäftigungsbezogenen Perspektive erfolgt“⁸. Damit werden nicht nur formalisiert ablaufende Lernprozesse, sondern zusätzlich auch Aspekte des non-formalen und des informellen Lernens einbezogen.

⁴ Siehe hierzu auch die Münchner Erklärung des Deutschen Städtetages 2012 (www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/muenchner_erklaerung_2012_final.pdf, abgerufen am 11. März 2014).

⁵ Siehe Programmstelle Lernen vor Ort, Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (PT-DLR) für das Bundesministerium für Bildung und Forschung, Abteilung Bildungsforschung (Herausgeber): „Wie erstellt man einen kommunalen Bildungsbericht?“, Handreichung, Bonn 2011, Seite 7.

⁶ Siehe Statistisches Bundesamt/Deutsches Institut für Erwachsenenbildung/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Herausgeber): „Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings“; zur jeweils aktuellsten Version siehe www.bildungsmonitoring.de.

⁷ Zu den Hintergründen des Programms siehe www.lernen-vor-ort.info.

⁸ Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“, KOM(2001) 678 endgültig vom 21. November 2001, Seite 9.

Darüber hinaus knüpft der Anwendungsleitfaden an die national und international etablierte Vorgehensweise an, wonach sich ein Bildungsmonitoring zentral auf die Verwendung von Indikatoren und Kennzahlen stützen muss.⁹ Ein Indikator soll durch eine sowohl konzeptionell als auch empirisch begründete Verdichtung von Informationen komplexe Tatbestände anschaulich darstellen. Dabei setzt sich ein Indikator im Regelfall aus einer Reihe von Kennzahlen zusammen, durch die verschiedene Aspekte des entsprechenden Problembereichs differenziert beleuchtet werden können.¹⁰

Indikatoren werden im Anwendungsleitfaden im Rahmen des Prozess-Kontext-Modells eingeordnet, das auch in der nationalen und internationalen Bildungsberichterstattung verwendet wird. Mithilfe dieses Modells können einerseits die zentralen Zusammenhänge im Bildungswesen verdeutlicht werden; andererseits stellt es somit einen Orientierungsrahmen für ein kommunales Bildungsmonitoring dar. Jeder Indikator wird im Prozess-Kontext-Modell einem der vier Bereiche Kontext, Input, Prozess und Wirkung zugeordnet. Dabei umfasst der Bereich Kontext politische, gesellschaftliche und ökonomische Rahmenbedingungen, in denen Bildungsprozesse stattfinden. Explizit bildungspolitische Rahmensetzungen für den Ablauf der jeweiligen Bildungsprozesse gehören zum Bereich Input (zum Beispiel Bildungsausgaben, Bildungseinrichtungen, Bildungspersonal). Weitere Indikatoren stellen den Ablauf des Bildungsprozesses selbst in den Fokus. Schließlich werden im Hinblick auf die Wirkungen von Bildung Indikatoren berechnet, mit denen sich die unmittelbaren (Output) beziehungsweise mittel- oder langfristigen (Outcome) Folgen des Bildungsprozesses analysieren lassen.¹¹

Neben der Zuordnung der Indikatoren zu einem der vier Bereiche des Prozess-Kontext-Modells teilt der Anwendungsleitfaden darüber hinaus die einzelnen Indikatoren und Kennzahlen in verschiedene Bildungsbereiche auf. Eine solche Unterteilung bietet für die kommunale Bildungsberichterstattung insbesondere den Vorteil, dass spezifische Informationen für einen bestimmten Adressatenkreis gebündelt in einem entsprechenden Abschnitt eines Bildungsberichts oder einer auf diesen Adressatenkreis zugeschnittenen vertiefenden Analyse publiziert werden können. Damit wird – auch unter dem Gesichtspunkt der Steuerungsrelevanz – berücksichtigt, dass sich (kommunale) Bildungsberichte häufig an eine sehr heterogene Adressatengruppe richten.

Vor dem Hintergrund der Handlungsfelder der Bildungspolitik auf kommunaler Ebene und angelehnt an die Bildungsberichterstattung auf nationaler Ebene erfolgt eine Unterteilung in die folgenden Bereiche:

- A Rahmenbedingungen
- B Grundinformationen zur Bildung
- C Tageseinrichtungen für Kinder
- D Allgemeinbildende Schulen
- E Berufliche Bildung
- F Hochschulen
- G Weiterbildung (Volkshochschulen und sonstige Weiterbildungsträger)
- H Non-formale und informelle Lernwelten (Bibliotheken, Jugendarbeit, Musikschulen)
- I Bildungsnetzwerke/Bildungsberatung

Für jedes dieser Kapitel bietet der Anwendungsleitfaden einen Überblick, indem er in die Problemstellungen des jeweiligen Bildungsbereichs und seine Bedeutung für die kommunale Bildungsberichterstattung einführt. Auf dieser Grundlage werden mögliche Indikatoren für ein kommunales Bildungsmonitoring herausgearbeitet. Für den Bereich der non-formalen und informellen Lernwelten werden dabei auch die Grenzen eines indikatorgestützten Vorgehens aufgezeigt, das insbesondere in diesen Bereichen um narrative Elemente erweitert werden kann.

Neben zentralen Anforderungen an ein kommunales Bildungsmonitoring enthält der Anwendungsleitfaden eine große Anzahl von möglichen Indikatoren und Kennzahlen, die für ein kommunales Bildungsmonitoring genutzt werden können. Dabei wird zwischen Kernkennzahlen, deren Auswahl nach Kriterien der Steuerungsrelevanz erfolgte und die für einen grundlegenden Überblick über die Bildungslandschaft als zentral angesehen werden, und Ergänzungskennzahlen unterschieden. Letztere bieten den Kommunen mögliche Ausgangspunkte für vertiefende Analysen zu einzelnen Problemfeldern innerhalb eines Bildungsbereichs oder bildungsbereichsübergreifende Schwerpunkte auf bestimmte Aspekte der Darstellung.

Übersicht 1 zeigt exemplarisch die Darstellung einer solchen Kennzahl. Die Kennzahl D13.2 (Anteil der Klassenwiederholungen) ist dem Bildungsbereich D (Allgemeinbildende Schulen) zugeordnet. Zunächst werden Zweck und Aussagefähigkeit der Kennzahl beschrieben. Dies umfasst sowohl ein Aufzeigen der Möglichkeiten, die sich bei einer Darstellung der Kennzahl ergeben, als auch eine kritische Auseinandersetzung mit den Grenzen ihrer Aussagekraft.

Um im Rahmen eines kommunalen Bildungsmonitorings eigenständig mit dem Anwendungsleitfaden arbeiten und die in ihm enthaltenen Kennzahlen nutzen zu können, ist es von großer Bedeutung, einerseits die Berechnungsgrundlagen für die Kennzahlen zu kennen, und andererseits durch die „Exakte Definition der Bezugsgrößen“ einordnen zu können, in welchem begrifflichen Rahmen man sich bei der entsprechenden Kennzahl bewegt. Von Relevanz ist darüber hinaus, auf Grundlage welcher Datenquellen die

⁹ Siehe Programmstelle Lernen vor Ort (Fußnote 5), hier: Seite 13 ff.

¹⁰ Siehe Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut, der Hochschul-Informations-System GmbH, dem Soziologischen Forschungsinstitut an der Universität Göttingen und den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder: „Das weiterentwickelte Indikatorenkonzept der Bildungsberichterstattung“, Berlin/Frankfurt am Main 2007, Seite 36 (www.bildungsbericht.de/daten2008/indikatorenkonzept.pdf, abgerufen am 12. März 2014).

¹¹ Siehe Programmstelle Lernen vor Ort (Fußnote 5), hier: Seite 16 f.

Übersicht 1

Beispieldarstellung einer Kennzahl im Anwendungsleitfaden

Bereich: Allgemeinbildende Schulen		Indikator: D13 – Klassenwiederholungen
Beschreibung der Kennzahl		► Kern
► D13.2: Anteil der Klassenwiederholungen		
Zweck und Aussagefähigkeit der Kennzahl	Die Häufigkeit von Klassenwiederholungen gibt Auskunft über den Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen und die Erforderlichkeit von zum Teil erheblichen Mehraufwendungen für die längere Beschulung einzelner junger Menschen. Die Kosten, die vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung von Klassenwiederholungen verursachen, gelten als wesentlich niedriger als die, die dadurch entstehen, dass Schülerinnen und Schüler ein weiteres Jahr zur Schule gehen. Gegebenenfalls kann es von Interesse sein, die Zahl der Schülerinnen und Schüler zu bestimmen, die als Klassenwiederholer/-innen aus anderen Schularten an die jeweilige Schule wechseln. Der Anteil von Klassenwiederholungen an der Gesamtzahl der Schüler/-innen einer Klassenstufe ermöglicht die Bestimmung von Klassenstufen, die als „neuralgische“ Schwellen gelten, an denen besonders viele Schülerinnen und Schüler scheitern. Hier könnte eine gezielte Förderung ansetzen.	
Berechnungsformel	$\text{Anteil der Klassenwiederholungen in \%} = \frac{\text{Anzahl der Klassenwiederholungen}}{\text{Anzahl der Schüler}} \times 100$	
Exakte Definition der Bezugsgrößen	Klassenwiederholungen: Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die im vorangegangenen Schuljahr das Klassenziel nicht erreicht haben oder die Klassenstufe freiwillig wiederholen. (= freiwillige und unfreiwillige Wiederholer) Anzahl der Schülerinnen und Schüler: siehe D7.1	
Datenquellen	I. Amtliche Schulstatistik II. Kommunale Bildungsdatenbank	
Gliederung der Kennzahl	Schulart Geschlecht Klassenstufe Deutsche/nichtdeutsche Wiederholer/-innen	
Regionale Bezugsebene	Land – Regierungsbezirk – Kreis	
Periodizität der Verfügbarkeit der Daten	Jährliche Erhebung der amtlichen Schulstatistik, in der Regel zu Beginn des Schuljahres	
Bezug zu anderen Kennzahlen	Ergänzende Informationen zum weiteren Verlauf von Karrieren von Schülerinnen und Schülern können die Kennzahlen „Übergangsquote von Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II“ oder „Quote der Schulartwechsel“ liefern	
Bezug zu anderen Berichtssystemen	Regionalplan – Jugendhilfeplan – Schulentwicklungsplan – Schulbericht	

Kennzahl berechnet werden kann, und in welcher Ausdifferenzierung sie darstellbar ist. Unter der Rubrik „Regionale Bezugsebene“ wird aufgeschlüsselt, für welche Gebietseinheiten Daten verfügbar sind; die Periodizität und Verfügbarkeit der Daten verweist darauf, wie häufig die entsprechenden Daten erhoben werden. Die Kategorie „Bezug zu anderen Kennzahlen“ ordnet die Kennzahl in einen Gesamtzusammenhang ein. Dies ist einerseits von Bedeutung, wenn Kennzahlen aus verschiedenen Basiszahlen zusammengesetzt werden, andererseits kann hier der Fokus auf thematisch eng anknüpfende Kennzahlen gelenkt werden. Abschließend unterstreicht die Rubrik „Bezug zu anderen Berichtssystemen“, ob die Kennzahl in anderen Berichtssystemen auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene von Bedeutung ist.

Dabei besteht der Anspruch des Anwendungsleitfadens nicht darin, bestimmte Kennzahlen verbindlich und starr festzulegen, er bietet vielmehr einen Orientierungsrahmen, der nach kommunalspezifisch gesetzten Schwerpunkten zu nutzen ist. Dieser Rahmen wird durch die amtliche Statistik selbst immer wieder überarbeitet und gegebenenfalls um

aktuelle bildungspolitische Aspekte erweitert. Außerdem soll er für Kommunen auch Ausgangspunkt dafür sein, je nach Ausrichtung zusätzlich weitere Kennzahlen innerhalb des vom Anwendungsleitfaden vorgegebenen Orientierungsrasters zu entwickeln.

Hinweise zur Erstellung eigener Kennzahlen finden sich folgerichtig auch in einem weiteren Kapitel des Anwendungsleitfadens, der die „Arbeit mit dem Anwendungsleitfaden in der Praxis“ in den Mittelpunkt stellt. Hier werden darüber hinaus Hinweise zu kleinräumigen Auswertungen und Analysen unterhalb der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte gegeben. Zusätzlich werden mögliche Produktformen und Verzahnungen eines kommunalen Bildungsmonitorings benannt. Zwar wird die (umfassende) Bildungsberichterstattung als „Kernstück des Bildungsmonitorings“ bezeichnet und stellt entsprechend die häufigste Produktform dar, sie kann jedoch auch ergänzt werden, beispielsweise durch thematische Analysen zu einzelnen Schwerpunkten. Gerade auf diesem Gebiet können auf kommunaler Ebene Synergieeffekte zwischen einem kommunalen Bildungsmonitoring und weiteren bestehenden Berichtssystemen (zum Beispiel

Schulentwicklungsplan, Schulbericht, Jugendhilfeplan) entstehen.

Für jede Berichtsform sind dabei eine sorgfältige Darstellung und ein entsprechender Umgang mit Ergebnissen von großer Bedeutung. Daher wird auch diesem Aspekt im Anwendungsleitfaden ein Unterkapitel gewidmet. Insbesondere wird unter dem Aspekt der Arbeit mit dem Anwendungsleitfaden in der Praxis auch die Frage des Datenzugangs thematisiert, die für ein Bildungsmonitoring von herausragender Bedeutung ist.

Empirische Basis eines kommunalen Bildungsmonitorings: die Kommunale Bildungsdatenbank

Ohne entsprechende Daten können weder Kennzahlen noch Indikatoren erstellt werden. Dabei kann sich ein kommunales Bildungsmonitoring auf eine große Anzahl unterschiedlicher Datenquellen stützen. Neben dem breiten Angebot an Daten, das die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bereitstellen, können insbesondere die kreisfreien

Schaubild 1 Auswahlschritte innerhalb der Kommunalen Bildungsdatenbank

Schritt 1

Code	Inhalt
01	Schleswig-Holstein
02	Hamburg
03	Niedersachsen
04	Bremen
05	Nordrhein-Westfalen
06	Hessen
07	Rheinland-Pfalz
08	Baden-Württemberg
09	Bayern
10	Saarland
11	Berlin
12	Brandenburg
13	Mecklenburg-Vorpommern
14	Sachsen
15	Sachsen-Anhalt
16	Thüringen

Schritt 2

Code	Inhalt
08	Baden-Württemberg
08-A	Baden-Württemberg - Rahmenbedingungen
08-C	Baden-Württemberg - Frühkindliche Bildung
08-D	Baden-Württemberg - Allgemeinbildende Schulen
08-E	Baden-Württemberg - Berufliche Bildung
08-F	Baden-Württemberg - Hochschulen

Schritt 3

Verknüpfung mit: Statistik 08-D
Inhalt: Baden-Württemberg - Allgemeinbildende Schulen

Code	Inhalt
BW-D06.1i	D6.1: Anzahl, Art und Trägerschaft der allgemeinbildenden Schulen
BW-D07.1i	D7.1: Schülerinnen- und Schülerzahlen nach Schulart an allgemeinbildenden Schulen
BW-D09.1i	D9.1: Ausstattung mit Lehrkräften an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen
BW-D11.1i	D11.1: Anteil der früh bzw. spät eingeschulten Kinder
BW-D12.1i	D12.1: Übergangsquote von der Grundschule auf weiterführende Schulen
BW-D12.2i	D12.2: Übergangsquote von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II
BW-D12.3i	D12.3: Quote der Schulartwechsel in den Klassenstufen 7 bis 9
BW-D12.4ai	D12.4a: Quote der Übergänge von allgemeinen Schulen an Sonderschulen
BW-D12.4bi	D12.4b: Quote der Übergänge von Sonderschulen an allgemeine Schulen
BW-D13.1i	D13.1 und D13.2: Anzahl und Anteile der Klassenwiederholungen
BW-D15.1i	D15.1: Schulabgangsquote nach dem Verfahren mit durchschnittlichen Altersjahrgängen an allgemeinbildenden Schulen
BW-D15.2i	D15.2: Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss der Sekundarstufe I (ohne Hauptschulabschluss)

zurück

Städte auf zahlreiche Erhebungen zurückgreifen, die durch die kommunale Statistikstelle oder das kommunale statistische Amt durchgeführt werden. Zudem können sie die Daten beispielsweise von Einwohnermeldeämtern, Jugendämtern oder Gesundheitsämtern nutzen. Darüber hinaus besteht für die Landkreise und kreisfreien Städte die Möglichkeit, zahlreiche – für ein kommunales Bildungsmonitoring nutzbare – Daten bei weiteren Institutionen, wie der Bundesagentur für Arbeit oder dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung, zu beziehen.

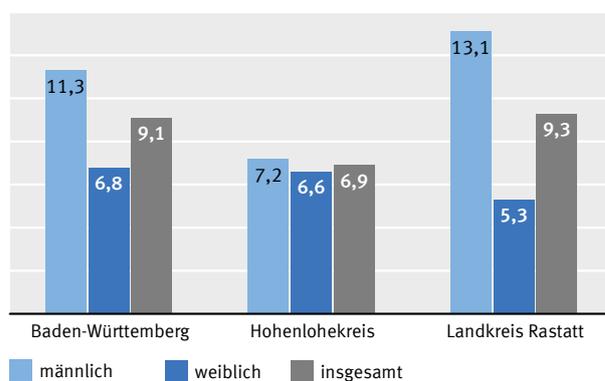
Im Zusammenhang mit dem Programm „Lernen vor Ort“ stellt die amtliche Statistik die Kernkennzahlen des Anwendungsleitfadens, die sich auf Daten der amtlichen Statistik beziehen, interessierten Kommunen als kostenloses Serviceangebot über die „Kommunale Bildungsdatenbank“ zur Verfügung. Für alle Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland lassen sich über diese internetbasierte Datenbank die gewünschten Kernkennzahlen komfortabel und schnell in unterschiedlichen Formaten abrufen. Mittlerweile enthält die Kommunale Bildungsdatenbank in mehr als 700 Tabellen annähernd 5,6 Millionen Daten. Darüber hinaus finden sich auf der Internetseite www.bildungsmonitoring.de umfangreiche Informationen zum Thema Kommunales Bildungsmonitoring sowie die jeweils aktuellste Version des Anwendungsleitfadens zum Download.

Die Kommunale Bildungsdatenbank orientiert sich in ihrem inhaltlichen Aufbau am Anwendungsleitfaden und übernimmt somit dessen Differenzierung in die einzelnen Bildungsbereiche. Jede Kernkennzahl des Anwendungsleitfadens (wie die oben exemplarisch vorgestellte Kennzahl D13.2) ist mit derselben Kennzeichnung auch in der Kommunalen Bildungsdatenbank enthalten. Ein hervorzuhebendes Charakteristikum der Kommunalen Bildungsdatenbank ist die Berücksichtigung landesspezifischer Besonderheiten, die für die Bildungsbereiche allgemeinbildende Schulen und berufliche Schulen von Bedeutung ist. Für die Darstellung der kommunalspezifischen Situation vor Ort ist es erforderlich, sich auf die kommunalspezifischen Bildungseinrichtungen vor Ort beziehen zu können. Da zentrale staatliche Aufgaben und Kompetenzen im Bereich der Bildungspolitik in der Hoheit der einzelnen Bundesländer liegen, differieren im Schulbereich teilweise die vorhandenen Schularten beziehungsweise ihre Bezeichnungen. Die Kommunale Bildungsdatenbank berücksichtigt dies, indem nur Tabellen mit einem oder mehreren Kreisen eines Bundeslandes, nicht aber bundesländerübergreifende Tabellen erstellt werden können. Interessierte Nutzerinnen und Nutzer können daher innerhalb der Datenbank in einer dreistufigen Auswahl zunächst das jeweilige Bundesland, innerhalb des Bundeslandes den interessierenden Bildungsbereich und innerhalb des Bildungsbereichs die jeweils verfügbaren Kennzahlen auswählen (siehe hierzu exemplarisch Schaubild 1).

Diese Kennzahlen werden den Nutzerinnen und Nutzern für den sie interessierenden Kreis einerseits mit dem Fokus auf die kommunalspezifische Situation vor Ort aufbereitet; gleichzeitig liegen Daten in vergleichbarer Form bundesweit vor und können – unter Berücksichtigung landesspezifischer Besonderheiten – zu Landesergebnissen aggregiert werden.

Dies erleichtert unter Berücksichtigung der örtlichen Rahmenbedingungen auch mögliche Vergleiche zwischen Kommunen oder einen Vergleich mit der Landesebene. Daten, die in einer Bundesstatistik bundeseinheitlich erhoben werden (wie beispielsweise die Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik oder der Hochschulstatistik), lassen sich darüber hinaus zu einem Bundesergebnis aggregieren. Ergebnisse aus dem Abruf einer Kennzahl aus der Kommunalen Bildungsdatenbank zeigt exemplarisch das Schaubild 2.

Schaubild 2 Spät eingeschulte Kinder im Schuljahr 2012/2013
in %



Quellen: Kommunale Bildungsdatenbank, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Amtliche Schulstatistik

2014 - 01 - 0120

Hier wird ein Teilaspekt aus der Kennzahl D11.1 (Anteil der früh beziehungsweise spät eingeschulten Kinder) dargestellt. Diese Kennzahl gibt Auskunft über die Anzahl der Kinder, die frühzeitig oder verspätet eingeschult wurden, und über die jeweiligen Anteile an der Anzahl aller eingeschulten Kinder. In der dargestellten Tabelle wurde für Baden-Württemberg insgesamt sowie für die Landkreise Hohenlohe und Rastatt eine Auswertung des Anteils der spät eingeschulten Kinder nach Geschlecht durchgeführt. Dabei zeigt sich, dass im Schuljahr 2012/2013 sowohl in Baden-Württemberg insgesamt als auch in den beiden ausgewählten Landkreisen der Anteil der spät eingeschulten Jungen höher liegt als derjenige der Mädchen. Das Ausmaß der geschlechtsspezifischen Differenzen unterscheidet sich allerdings deutlich. Unter Berücksichtigung der jeweiligen kommunalspezifischen Situation könnte diese Feststellung nun im Hinblick auf die einzelnen Kreise Ausgangspunkt für umfassende weitere Untersuchungen sein, beispielsweise im Zeitverlauf.

Nutzung und Entwicklungsperspektiven kommunaler Bildungsdaten

Eine indikatorgestützte, theoretisch fundierte, neutrale fort-schreibbare Darstellung der kommunalen Bildungslandschaft stößt auf ein wachsendes Interesse. In den letzten

Jahren sind deutschlandweit in über 60 Kommunen kommunale Bildungsberichte entstanden, die Mehrzahl davon im Rahmen des Programms „Lernen vor Ort“.¹² Kommunale Bildungsberichte sind bislang meist auf der Ebene von Landkreisen oder kreisfreien Städten verfasst worden, mittlerweile liegen aber auch einzelne Berichte auf der Ebene von kreisangehörigen Städten vor. Insgesamt hat es sich zunehmend etabliert, mithilfe eines kommunalen Bildungsmonitorings steuerungsrelevante Daten zu generieren, die als Grundlage für kommunalpolitische Entscheidungen herangezogen werden können. Das kommunale Bildungsmonitoring wird in diesem Kontext Bestandteil eines langfristig angelegten Bildungsmanagements vor Ort.

Wesentliche Arbeitsgrundlagen auf theoretischer Ebene und für die empirische Umsetzung sind hierfür durch den Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings und die Kommunale Bildungsdatenbank von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder bereitgestellt worden. Bildungspolitische Herausforderungen auf kommunaler Ebene müssen dabei individuell vor Ort gelöst werden. Aus der Perspektive der amtlichen Statistik können Bildungsdaten auf der kommunalen Ebene aber auch in einem anderen Kontext genutzt werden. Da Bildungsdaten auch auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte bundesweit vorhanden sind, können sie mit dem Konzept der sogenannten Kreistypisierung verbunden werden. Umsetzungsmöglichkeiten von Kreistypisierungen sollen in einem weiteren Aufsatz in dieser Zeitschrift dargestellt werden. [u](#)

¹² Eine Übersicht mit entsprechenden Links zu den einzelnen kommunalen Bildungsberichten findet sich im Internetangebot des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (www.dipf.de/de/forschung/projekte/kommunales-bildungsmonitoring; abgerufen am 12. März 2014).

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

www.destatis.de

Schriftleitung

Dieter Sarreither,
Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes

Redaktion: Ellen Römer
Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 23 41

Ihr Kontakt zu uns

www.destatis.de/kontakt

Statistischer Informationsservice

Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.